

Der Hakenkreuzzug

Vor 80 Jahren, am 22. Juni 1941, überfiel Deutschland die Sowjetunion. Das NS-Regime verbrämte den Vernichtungsfeldzug als heiligen Krieg gegen den Bolschewismus – eine Propaganda, die nach 1945 noch lange fortwirkte VON WOLFRAM WETTE



»Unternehmen Barbarossa«: Junge deutsche Soldaten im Krieg gegen die Sowjetunion (Propagandafoto der Wehrmacht)

Kaum jemand hatte mit dem Angriff vom 22. Juni gerechnet. Die deutschen Soldaten ahnten allenfalls, dass »etwas in der Luft lag«, letztlich aber waren sie genauso überrascht wie die deutsche und die internationale Öffentlichkeit, als die Wehrmacht 1941 in der Sowjetunion einmarschierte. Seit dem Nichtangriffspakt vom August 1939 waren die beiden Staaten offiziell befreundet; nun herrschte plötzlich der Kriegszustand, und Deutschland kämpfte an zwei Fronten zugleich, was man doch stets hatte vermeiden wollen. Hitler und die willfährige Wehrmachtgeneralität glaubten, das lasse sich auf die leichte Schulter nehmen. Die Sowjetunion, hieß es, sei ein »röner Koloss«, der in wenigen Wochen zusammenbrechen werde. Ein fundamentaler Irrtum, begangen im Wahn »rassischer Überlegenheit«.

Am Tag des Überfalls wandte sich Hitler mit einer einpeitschenden Rede an die mehr als drei Millionen »Soldaten der Ostfront«. »In diesem Augenblick«, rief er ihnen zu, »vollzieht sich ein Aufmarsch, der in Ausdehnung und Umfang der größte ist, den die Welt je gesehen hat.« Das Ziel sei es, »die ganze europäische Zivilisation und Kultur zu retten«.

Hitler behauptete, der Entschluss, Krieg zu führen, sei für ihn »ein bitterer und schwerer« gewesen. Aber: »Allein seit über zwei Jahrzehnten hat die jüdisch-bolschewistische Machthaberschaft von Moskau aus versucht, nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa in Brand zu stecken. Nicht Deutschland hat seine nationalsozialistische Weltanschauung nach Russland getragen, sondern die jüdisch-bolschewistische Machthaber in Moskau haben unentwegt versucht, unserem und den anderen europäischen Völkern ihre Herrschaft aufzuzukroyieren [...]«.

Damit war der Speiß umgedreht und das Opfer des Angriffs ins Unrecht gesetzt. Das machtpolitische Ziel der deutschen Führung hingeworfen wurde nicht einmal angedeutet: die Eroberung von »Lebensraum im Osten«, seine Ausbeutung und Germanisierung, was sich nur erreichen ließ durch die Vernichtung all jener Menschen, die es wagen sollten, sich den Deutschen entgegenzustellen. Zugleich hatte Hitler das alles überwölbende Feindbild benannt: die »jüdisch-bolschewistische Machthaberschaft« in Moskau – ein Topos, der schon lange vor der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten geläufig war und der weit über das Kriegsende 1945 hinaus seine giftige Wirkung entfalten sollte.

Bereits 1918, am Ende des Ersten Weltkriegs und ein Jahr nach der Oktoberrevolution in Russland, war das Begriffspaar »jüdisch-bolschewistisch« im nationalsozialistischen Milieu verbreitet. So notierte etwa der in Berlin stationierte Fregattenkapitän Bogislav von Selchow am 11. November 1918 in sein Tagebuch: »Vormittags ging ich auf das Reichs-Marineamt, auf dem die rote Fahne wehte. Davor stand ein jüdischer Bolschewik in Zivil mit einer Flinte Posten.« Vermutlich handelte es sich um einen Angehörigen der revolutionären Volksmarinedivision. Für den adligen Marineoffizier aber personifizierte er den »Bolschewismus« russischer Prägung – also Revolution, Umsturz, Gottlosigkeit, Gewaltherrschaft – und das »Judentum« mit seinem vermeintlichen Bestreben, der Welt seinen Stempel aufzudrücken. Im Kopf des Marine-Offiziers war das Feindbild also

bereits komplett ausgebildet, mit dem die Soldaten der Wehrmacht 23 Jahre später in den Krieg gegen die Sowjetunion zogen.

Ein negatives Russlandbild hatte die deutsche Propaganda schon vor 1914 gezeichnet. Die Bewohner des riesigen Landes im Osten galten als minderwertig; damals entstand das Bild vom »töneren Koloss«, der dem deutschen »Drang nach Osten« wenig entgegenzusetzen habe – was der Kriegsverlauf zu bestätigen schien. Das deutsche Besatzungsgebiet »Ober Ost«, das bis ins Baltikum und ins heutige Belarus reichte, kann durchaus als erster Vorläufer der nationalsozialistischen Lebensraumpolitik gelten.

In den Zwanzigerjahren kam es zu einer kurzzeitigen Annäherung. Russland und Deutschland – beide Verlierer des Ersten Weltkrieges – entdeckten ihre Gemeinsamkeiten; der Rapallo-Vertrag von 1922 normalisierte die zwischenstaatlichen Beziehungen, hinzu kam die geheime Militärkooperation von Reichswehr und Roter Armee. Die alten Feindbilder aber waren nicht verschwunden und konnten schnell wieder mobilisiert werden.

Es gelte, »das rote Untermenschentum auszulöschen«, erklärte man den Soldaten

Als die Nationalsozialisten 1933 an die Macht kamen, gingen sie sofort auf Konfrontation mit dem »Bolschewismus«. So ließen sich Sympathien in den antikommunistisch eingestellten Kreisen Westeuropas gewinnen. Und so ließ sich die Verfolgung von Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftlern und anderen NS-Gegnern propagandistisch rechtfertigen. Nur der – rein strategische – Nichtangriffspakt von 1939 wollte nicht recht ins Bild passen.

Joseph Goebbels, dem der Hitler-Stalin-Pakt wie vielen Zeitgenossen nicht behagte, atmete denn auch bei Kriegsbeginn 1941 erleichtert auf: »Es bereitet jedem alten Nazi eine tiefe Genugtuung, daß wir das noch erleben«, heißt es in seinem Tagebuch. »Das Zusammengehen mit Rußland war eigentlich ein Flecken auf unserem Ehrenschild. Der wird nun abgewaschen. Wogegen wir unser ganzes Leben gekämpft haben, das vernichten wir nun auch.«

Die NS-Führung stellte das tradierte nationalistische Russlandbild fortan in den Mittelpunkt ihrer Kriegspropaganda und lud es rassistisch auf: Die höherwertige germanische Rasse stehe der minderwertigen slawischen gegenüber, die, wie Hitler glaubte, zur Staatsbildung unfähig und deshalb prädestiniert sei, von anderen beherrscht zu werden. So habe im Jahr 1917 der »jüdische Bolschewismus« in Russland seine Fremdherrschaft errichten können.

Den Generalen, die für den Einsatz an der Ostfront vorgesehen waren, machte Hitler am 30. März 1941 in einer Geheimrede deutlich, dass es einen rassendeologischen Vernichtungskrieg gegen den »jüdischen Bolschewismus« zu führen gelte. Vom Gedanken des soldatischen Kameradentums müsse man abrücken. Der Rotarmist sei »wovor und nachher kein Kamerad« – weder als kämpfender Soldat noch als Kriegsgefangener. Damit war schon Monate vor dem Überfall der kriminelle Charakter der deutschen Kriegsführung festgelegt. Die Wehrmachtgeneralität verstand – und stimmte zu.

Wenig später brachten das Oberkommando der Wehrmacht und das Oberkommando des Heeres jene Anordnungen auf den Weg, die Historiker rück-

blickend als »verbrecherische Befehle« qualifizieren. Diesen »Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Russland« zufolge hatte sich der Kampf gegen bolschewistische Hetzer, Freischärler, Saboteure und Juden zu richten – also gegen alles, was irgendwie mit Bolschewisten und Juden zu tun habe. Politikommissare seien sofort mit der Waffe zu »erledigen«. Ein weiterer Befehl regelte die Zusammenarbeit der Wehrmacht mit den Mordkommandos der SS. Gewalttätigkeiten gegen die Zivilbevölkerung war freie Hand gegeben; den Tätern wurde Straffreiheit zugesichert. Ein Mitteilungsblatt der Wehrmachtpropaganda vom Juni 1941 erklärte den Soldaten: »Es geht darum, das rote Untermenschentum, welches in den Moskauer Machthabern verkörpert ist, auszulöschen.«

Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion stieß in Europa nicht nur auf Ablehnung. »Es macht sich so etwas wie eine Kreuzzugsstimmung in Europa breit«, notierte Goebbels Ende Juni 1941 in sein Tagebuch. »Das können wir gut gebrauchen.«

Tatsächlich entstanden damals große Freiwilligenformationen: In Italien, Finnland, Rumänien und Ungarn, in der Slowakei, in Spanien und Frankreich, in Skandinavien, in den Beneluxstaaten und in Kroatien – in fast allen Ländern Europas bildeten sich Truppenkontingente, die sich dem deutschen Oberbefehl unterstellten, bei Beginn des Ostfeldzugs 1941 etwa 600.000 Mann, später fast zwei Millionen. Im Russlandkrieg war auf deutscher Seite jeder Dritte ein Nichtdeutscher.

Entsprechend betonte die deutsche Auslandspropaganda die europäische Dimension des Krieges, wobei die Idee, von einem »Kreuzzug« zu sprechen, offenbar aus dem Auswärtigen Amt kam. Am 29. Juni 1941 erklärte dessen Propagandaabteilung in seiner »Deutschen diplomatisch-politischen Information«: »Der Kampf Deutschlands gegen Moskau wird zum Kreuzzug Europas gegen den Bolschewismus. Mit einer über die Erwartungen hinausgehenden Anziehungskraft erfaßt die Erkenntnis, daß es hier um die Sache Europas geht, den ganzen Kontinent,

ANZEIGE

Jetzt am Kiosk!



Oder gratis lesen:
www.zeit.de/zg-heft

Freunde, Neutrale und selbst jene Völker, die noch vor kurzem mit Deutschland die Klagen gekreuzt haben.« Letztlich handle es sich um einen »gesamteuropäischen Freiheitskrieg«.

Die deutsche Aggression wurde so zu einem »gerechten Krieg« umgelogen und mit dem Nimbus der Heiligkeit versehen. Die Kirchen stimmten in diese Propaganda gegen den »gottlosen Bolschewismus« bereitwillig mit ein.

Goebbels indes konnte sich mit dem Begriff »Kreuzzug« nicht recht anfreunden, obwohl er wusste, dass Hitler dem Angriff auf die Sowjetunion den Decknamen »Unternehmen Barbarossa« geben wollte: Friedrich I., genannt Barbarossa, hatte 1189/90 den Dritten Kreuzzug zur Befreiung Jerusalems angeführt. Seit dem späten 19. Jahrhundert verehrte man den Stauferkaiser in Deutschland als Schutzpatron der abendländischen Kultur. Goebbels wusste aber auch, dass der Kreuzzug keinen vollen Erfolg gebracht hatte – und Barbarossa in ihm umgekommen war. Würde die Erinnerung daran nicht eher negative Assoziationen auslösen? Tatsächlich spotteten die britische und die sowjetische Propaganda schon bald über den »Hakenkreuzzug« und prophezeiten, dass den deutschen Krieg im Osten das Schicksal früherer Kreuzzüge ereilen werde. Wie recht sie mit dieser Voraussage hatten, begann sich bereits 1942/43 nach der Schlacht von Stalingrad abzuzeichnen, die zu einem Wendepunkt des Krieges wurde.

Für Adenauer war der »Bolschewismus« der »Todfeind des Christentums«

Nach 1945 war die »Russenangst« allgegenwärtig – genährt durch die massenhaften Vergewaltigungen beim Einmarsch der Roten Armee, durch die sowjetische Einflussnahme im Osten Deutschlands und womöglich auch durch eine diffuse Angst, »die Russen« könnten für das erlittene Unrecht über den Krieg hinaus Rache nehmen.

In der Sowjetischen Besatzungszone und später der DDR herrschte alsbald verordnete Völkerfreundschaft; im Westen hingegen erstand das alte Feindbild wieder auf. Zwar war jetzt statt von Bolschewismus meist von Kommunismus die Rede – der Feind aber blieb derselbe: die Sowjetunion und ihre angeblichen Handlanger im Inneren, die man als »fünfte Kolonne Moskaus« denunzierte. So konnte man im aufkommenden Kalten Krieg am traditionellen Feindbild Sowjetunion festhalten – was eine immense Entlastungswirkung hatte. Die Masse der ehemaligen Nationalsozialisten und Wehrmachtssoldaten konnte sich nun sagen: Wir standen schon immer auf der richtigen Seite! Sogar die Kreuzzugsmetaphorik lebte fort: Konrad Adenauer betrachtete den »Bolschewismus« als »Todfeind des Christentums«.

Die Zerteilung der Welt in Ost und West ermöglichte dabei erstaunliche Formen der Zusammenarbeit mit den westlichen Alliierten – auf Ebene der Geheimdienste, des Militärischen und der Propaganda. Die Abteilung »Fremde Heere Ost« des Oberkommandos der Wehrmacht hatte unter der Leitung ihres Chefs Reinhard Gehlen schon vor der Kapitulation Verbindungen mit der US-Armee aufgenommen. Die USA interessierten sich besonders für die Kriegserfahrungen des deutschen Feindnachrichtendienstes im Osten, der nun als »Organisation Gehlen« firmierte und später im Bundesnachrichtendienst

(BND) aufging. Erklärtes Ziel der Zusammenarbeit war die »Verteidigung gegen den Kommunismus«.

Demselben Zweck dienten jene 328 höheren Wehrmachtoffiziere, die als Kriegsgefangene Studien über das Kampfgeschehen im Osten für die Historical Division der US-Armee verfassten. Der Wehrmachtobst in Generalstab Graf Kielmansegg bot den Briten sogar die Aufstellung eines 50.000 Mann starken »deutschen Korps unter englischem Oberbefehl« an, um bei einem neuerlichen Aufflammen des Krieges »gegen den Bolschewismus« auf der richtigen Seite mit dabei zu sein.

Geradezu idealtypisch verkörperte der NS-Funktionär Eberhard Taubert das Fortwirken der antibolschewistischen Propaganda über 1945 hinaus. Der Ministerialrat hatte im Propagandaministerium die »Abteilung Ost« geleitet, die für die antibolschewistische Propaganda in den besetzten Ostgebieten zuständig war. Wie sein Drehbuch zum Film *Der ewige Jude* belegt, war Taubert zudem ein fanatischer Judenhaser. Nach dem Krieg arbeitete er unter anderem für den britischen und den amerikanischen Geheimdienst. In der Bundesrepublik gründete er den »Volksbund für Frieden und Freiheit« – einen Zusammenschluss aller antikommunistischen Organisationen in der Bundesrepublik. 1958 schließlich holte Verteidigungsminister Franz Josef Strauß (CSU) Taubert als Berater für das neu eingerichtete Referat »Psychologische Kampfführung« in sein Ministerium.

Taubert war in der deutschen Militärpolitik nicht der Einzige, dessen Weltbild in den Jahren 1933 bis 1945 geprägt worden war: Als sich im Sommer 1950 ehemalige hochrangige Offiziere der Wehrmacht auf Geheiß von Bundeskanzler Adenauer im Eifelkloster Himmerod trafen, um im Geheimen über die Aufstellung einer Armee zu beraten, orientierten sich die vormaligen Generale Hitlers bedenkenlos am »Vorbild Wehrmacht«. Ihre Erfahrungen aus dem nationalsozialistischen »Ostkrieg« projizierten die westdeutschen Militärplaner ohne Umschweife auf den Kalten Krieg: Wieder sollte »von vornherein offensiv« verteidigt werden – notfalls mit Atomwaffen.

Willy Brandts neue Ostpolitik brachte in den Siebzigerjahren eine gewisse Entspannung im Verhältnis zur Sowjetunion. Überwunden aber sind die alten Feindbilder mitunter bis heute nicht. Es ist kein Zufall, dass den ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen 2015 als einer der letzten Opfergruppen Ansprüche auf eine – eher symbolische – Entschädigung zugestanden wurden. Und noch immer ist die Erinnerung an den Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion im öffentlichen Gedenken nicht so fest verankert, wie es dem historischen Geschehen angemessen wäre: Etwa 27 Millionen Bürger der Sowjetunion – mehr Zivilisten als Soldaten – verloren durch den Ostfeldzug der Wehrmacht ihr Leben. Tausende Städte und Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht. Mehr als alle anderen Länder, die am Zweiten Weltkrieg beteiligt waren, musste die Sowjetunion die Last dieses Krieges tragen. Es hat auch mit dem Fortleben der antibolschewistischen NS-Propaganda zu tun, dass dies in der Bundesrepublik so spät ins Bewusstsein gerückt ist.

Wolfram Wette ist Professor i. R. für Neueste Geschichte an der Universität Freiburg